

4234/AB XX.GP

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 4653/J betreffend Leiharbeitsverhältnisse im Bereich des Öffentlichen Dienstes, welche die Abgeordneten Pollet - Kammerlander, Öllinger, Freundinnen und Freunde am 8. Juli 1998 an mich richteten, stelle ich fest:

Antwort zu den Punkten 1 bis 6, 10 und 11 der Anfrage:

Im Bereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten sind keine Leiharbeitnehmer/innen eines gewerblichen Personalbereitstellungsunternehmens wie beispielsweise der Fa. "manpower" beschäftigt.

Antwort zu den Punkten 7 und 8 der Anfrage:

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten plant in näherer Zukunft nicht, Leiharbeitnehmer/innen eines Personalbereitstellungsunternehmens zu beschäftigen.

Antwort zu Punkt 9 der Anfrage:

Die Beantwortung dieser Frage fällt in die Zuständigkeit des Bundesministeriums für Finanzen.